



## CVP SCHWEIZ

Resolution der Delegierten der CVP: Verabschiedet anlässlich der Delegiertenversammlung vom 29. April 2006 in Chur

# Ja zu offenen Telekommunikationsmärkten – Nein zum Ausverkauf der Swisscom

### **Marktöffnung: JA**

Orange, Sunrise und weitere Unternehmungen sind in den vergangenen Jahren erfolgreich in den Telekommunikationsmarkt Schweiz eingetreten. Die Marktliberalisierung hat tiefere Preise und interessantere Angebote gebracht. Die CVP ist für mehr Wettbewerb und offene Märkte. Auch das Teilmonopol der Swisscom auf der letzten Meile kann nach Ansicht der CVP gelockert werden. Die CVP-Fraktion der Bundesversammlung setzte sich sogar für eine weitergehende Öffnung der letzten Meile ein, wurde jedoch von der Allianz aus SP und SVP überstimmt. Mit einer Privatisierung der Swisscom würde faktisch ein Monopol auf der letzten Meile privatisiert. Volkswirtschaftlich ist dies eine denkbar schlechte Ausgangslage.

### **Ausverkauf: NEIN**

Der Bundesrat will die vollständige Privatisierung des Grundversorgungs-Anbieters Swisscom erreichen: Er verzichtet auf flankierende Massnahmen. Damit riskiert er, dass die Sicherung einer landesweiten Grundversorgung von gleicher Qualität in einem volkswirtschaftlich und gesellschaftlich wichtigen Gebiet dem direkten Einfluss des Staates entgleitet. In peripheren Gebieten wird die Grundversorgung nur mehr mit staatlichen Subventionen oder staatlich gelenkten Umverteilungen (Fonds) gewährleistet werden können. Der Bundesrat kann nicht aufzeigen, wie die Grundversorgung in Zukunft sichergestellt sein wird und nimmt einen Verkauf der Swisscom ins Ausland in Kauf. Damit verbunden wäre auch der Kontrollverlust über die gesamte Festnetzinfrastruktur, welche in der Vergangenheit mit staatlich festgelegten Gebühren von der Bevölkerung finanziert wurde. Während der Bundesrat einen Verkauf unserer schweizerischen Grundversorgungsinfrastruktur ins Ausland ermöglichen will; verbietet er das Gleiche der Swisscom bei ihren Auslandengagements.

Bei einem Verkauf ins Ausland würde auch der Swisscom Broadcast AG (einer 100%-Tochter der Swisscom) eine ausländische Übernahme drohen. Sie stellt die Rundfunkübertragung sicher und betreibt militärische Verbindungsnetze. Damit wären gravierende sicherheitspolitische und medienpolitische Auswirkungen verbunden. Für die CVP ist ein solches Vorgehen höchst widersprüchlich und nicht nachvollziehbar. Sie lehnt dies ab.

### **Überhastetes Projekt**

Das Privatisierungsprojekt, welches der Bundesrat dem Parlament in einer Sondersession im Mai unterbreiten will, ist unausgegoren, in den Konsequenzen zu wenig durchdacht und kommt überhastet daher: Die Regierung hat ein inakzeptables Kommunikationschaos angerichtet, Tausende von Angestellten der Swisscom und Anlegerinnen und Anleger verunsichert. Der Bundesrat hat der Swisscom ein Engagement im Ausland faktisch verboten und ihre unternehmerische Freiheit massiv eingeschränkt. Scheitert das Projekt im Parlament oder in einer Referendumsabstimmung, so hat der Bundesrat kein Alternativ-Szenario für die Zukunft der Swisscom bereit.

### **Unsere Forderungen:**

Die CVP anerkennt die geänderten Rahmenbedingungen, die sich durch die technischen Entwicklungen und die Globalisierung der Märkte ergeben. Die CVP ist bereit, zusammen mit dem Bundesrat und der Swisscom nach zukunftssträchtigen Lösungen zu suchen, die sowohl dem unternehmerischen Anspruch als auch den Befürfnissen der Privatkunden und der KMU-Geschäftskunden gerecht werden.

Die CVP verlangt vom Bundesrat:

- Eine Alternativ-Strategie für die Swisscom: Nach einem negativen Parlaments- oder Volksentscheid muss der Swisscom die unternehmerische Freiheit für Auslandengagements in Zukunftsbereichen zurückgegeben werden. Der Kontrollverlust über die Festnetzinfrastruktur muss möglichst klein gehalten werden. Die Sicherung der Grundversorgung steht im Zentrum.
- Die Offenlegung seiner künftigen Eignerstrategie für Unternehmen, welche zentrale Infrastrukturdienstleistungen für unser Land anbieten (namentlich Post und Bahn).